

Einleitung

»Wir werden sie jagen.« Mit dieser Ankündigung des späteren Fraktionsvorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion Alexander Gauland am Abend der Bundestagswahl 2017 waren Anspruch und Drohung zugleich verbunden. Zwar richtete Gauland seinen Satz an eine noch zu gründende Bundesregierung, implizit waren aber alle anderen Fraktionen der von der AfD so gerne als »Altparteien« bezeichneten Konkurrenz gemeint. Diese »Wir gegen alle anderen«-Haltung war und ist für die AfD bis heute zentral, legitimiert sich aus ihr doch der Anspruch, die einzige Alternative zum angeblichen Einerlei des Bundestages und der deutschen Parteienlandschaft insgesamt zu sein. Die Jagdmetapher enthielt aber auch unüberhörbar eine Drohung, denn schließlich ging es nicht nur um eine politische Kampf-ansage. Der Jäger erlegt sein Wild – diese Rollenaufteilung strebte die AfD offenbar auch für ihr Agieren im Bundestag an und der mit der AfD einziehende neue Umgangston im Parlament unterstrich sehr schnell, dass es sich hierbei um keine leere Drohung handelte. Ein Dreivierteljahr später, im Sommer 2018, auf dem Höhepunkt des Zerwürfnisses zwischen CDU und CSU anlässlich der seit 2015 von der Regierung Merkel betriebenen Migrationspolitik, frohlockte die Ko-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel: »Jetzt sehen sie, wie Jagd geht. Wir sind beim Jagen.«

Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag 2017 gelang der modernisierten radikalen Rechten in Deutschland das, was verwandten Parteien in zahlreichen europäischen Nachbarländern schon sehr viel früher gelungen war. Für die extreme Rechte in Deutschland,

zu der die AfD zu rechnen ist, stellte dieser Parlamentseinzug eine Zäsur dar. Was der neofaschistischen Rechten seit 1949 verwehrt blieb, gelang einer häufig mit dem Stichwort Rechtspopulismus bezeichneten Partei der modernisierten radikalen Rechten,¹ die zwar viel Ballast der NS-Verherrlichung über Bord geworfen hat, sich ideologisch jedoch entscheidende Punkte der extremen Rechten zu eigen macht.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist es einer neuen Partei in so kurzer Zeit gelungen, auf sämtlichen Ebenen flächendeckend in die Parlamente einzuziehen. Mit dem Ergebnis von 12,6 Prozent der Zweitstimmen wurde die AfD 2017 drittstärkste Partei des Bundestages und nach Bildung der Koalition aus CDU/CSU und SPD zur größten Oppositionsfraktion. Die parlamentarische und mediale Präsenz der AfD übertrifft damit alles, was die extreme Rechte nach 1945 in Deutschland jemals erreicht hat. Mit dem Einzug von 94 Abgeordneten – im Laufe der Legislatur schrumpfte die Zahl durch Austritte aus der Fraktion auf 86 – und der Bildung einer Parlamentsfraktion wurde die AfD auch zum größten Jobmotor einer konservativen und extremen Rechten. So jubelte bereits am Abend der Wahl 2017 der Leiter des Instituts für Staatspolitik (IfS), Götz Kubitschek, über die »Resonanzraumerweiterung« und die »sehr vielen, sehr gut bezahlten Stellen«.²

Unverkennbar hat die parlamentarische Verankerung der AfD zu einer Normalisierung dieses Teils der extremen Rechten beigetragen, wenngleich die AfD in den ersten vier Jahren im Bundestag darum bemüht war, ihren Außenseiterstatus durch gezielte Provokationen und Tabubrüche zu erhalten. Anders aber als bei der NPD

1 Zur begrifflichen Definition vgl. Gerd Wiegel, Die modernisierte radikale Rechte in Europa. Ausprägungen und Varianten, in: Mario Candeias (Hg.), Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, Materialien Nr. 24, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2018.

2 Götz Kubitschek, AfD im Bundestag oder: Was heute passiert ist, in: Sezession im Netz, 24.09.2017.

gelingt es gegenüber der AfD nicht mehr, mit Verweis auf die NS-Vergangenheit in Deutschland von der Wahl einer solchen Partei abzuschrecken. Die Bezeichnung des Holocaustmahnmals als Mahnmal der Schande und die Forderung nach einer 180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik durch Björn Höcke oder die Forderung Alexander Gaulands, stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen sein zu dürfen, und auch seine Einordnung des deutschen Faschismus als »Vogelschiss« in der deutschen Geschichte haben nicht verhindert, dass die AfD eine stabile Stammwählerschaft herausbilden konnte, die sich durch keinen Rassismus, keine Demokratieverachtung und keine NS-Relativierung von der Wahl dieser Partei abbringen lässt. Der Wiedereinzug in den Bundestag 2021 mit einem Ergebnis von 10,3 Prozent zeugt davon, dass es der Partei gelungen ist, eine Stammwählerschaft herauszubilden, die sich von keiner weiteren Faschisierung der AfD wird abschrecken lassen.

Das veränderte Debattenklima und der offene Einzug von Rassismus, Hetze, Demokratieverachtung und Verschwörungsideologien in den Bundestag wird von vielen Beobachtern und Beobachterinnen des Parlamentsbetriebs als gravierendste Veränderung durch die AfD benannt.³ Manchmal gerät dabei aus dem Blick, dass ein reaktionärer Konservatismus schon immer zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland gehörte und die Union noch bis in die 1990er Jahre hinein über einen sogenannten Stahlhelmflügel verfügte, der mit Personen wie Alfred Dregger, Manfred Kanther, Erika Steinbach u. v. a. gut zur heutigen AfD passen würde. Aber es ist nicht allein die vermeintliche »Sozialdemokratisierung« unter Angela Merkel, die die AfD weit nach Rechtsaußen im Parlamentsbetrieb beförderte. Sprachlich und inhaltlich wurde von der Fraktion ein Diskurs etabliert, der mit hartem Rassismus, der Verächtlichmachung ganzer Menschengruppen, einer Verach-

3 Christoph Butterwege, Gudrun Hentges, Gerd Wiegel, Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Frankfurt a. M. 2018.

tung für Institutionen der Demokratie und einer Relativierung der NS-Vergangenheit arbeitet, der für die Geschichte des Bundestags außergewöhnlich ist.

Rede und Gegenrede machen das Wesen des Parlamentarismus aus. Insofern ist die Überlegung, die AfD im Bundestag vor allem anhand ihrer Reden im Plenum zu charakterisieren, naheliegend. Denn es war von Anfang an der polemische und vor allem aggressive Tonfall der AfD-Abgeordneten, der für Aufsehen sorgte und mit dem die AfD sehr gezielt versuchte, Aufmerksamkeit zu generieren. Zudem offenbart das gesprochene Wort im Plenum sehr viel besser den ideologischen Hintergrund und die Ressentiments in den Reihen der Partei, als es die häufig glatt geschliffenen Anträge oder Gesetzentwürfe der Fraktion tun. Damit verbunden ist keineswegs eine Vorstellung im Sinne der Phänomenologie Ernst Noltes, der Gegenstand (bei Nolte der Faschismus) sei vor allem aus seinem Selbstverständnis heraus zu verstehen (was für Nolte Reden und Schriften der Führungsfiguren Mussolini und Hitler waren). AfD-Reden im Bundestag sind zumeist höchst ideologisch, können aber genauso taktisch motiviert sein wie pragmatisch gehalten werden. Mit der Entscheidung, die Reden der AfD-Abgeordneten ins Zentrum eines regelmäßigen Monitorings, einer fortlaufenden Dokumentation, zur AfD im Bundestag zu stellen, ging es vielmehr darum, den oben skizzierten neuen Tonfall und die bewussten Tabubrüche über den Verlauf einer Wahlperiode zu dokumentieren.

Seit inzwischen etwa einem Jahrzehnt existiert die AfD. Und die fortschreitende Rechtsradikalisierung der Partei hat zumindest auch zu einer Gewöhnung an Positionen geführt, die deutlich jenseits von Menschenwürde, Gleichheitsgrundsatz und Demokratieprinzip liegen. Und dennoch lässt es immer wieder aufhorchen, wenn sich AfD-Abgeordnete über »Kopftuchmädchen« erheben, Migranten mit wilden Tieren vergleichen, ihre Verachtung über den »Parteienstaat« zum Ausdruck bringen oder ankündigen, politische Gegner hinter Gitter bringen zu wollen. Die in Teilen zu beobachtende Selbstverharmlosung der AfD in Talkshows und Interviews

ließ sich über vier Jahre im Bundestag nicht durchhalten. Und die Partei nutzte diese Bühne auch sehr bewusst, um über Provokation und Tabubruch ihren Anhängern und Anhängerinnen zu beweisen, dass sie durch den Einzug in den Bundestag keineswegs zahmer geworden ist.

So entstand mit der Konstituierung des 19. Bundestages und der Aufnahme des Parlamentsbetriebs nach einer langen Phase der Regierungsbildung ein Monitoring der AfD im Bundestag, das ausgewählte Debattenbeiträge der AfD-Abgeordneten aus jeder Sitzungswoche präsentierte und einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stellte. Die Auswahl der Themen und Reden erfolgte dabei einerseits subjektiv durch den Autor, andererseits ging es um zentrale Debatten zu den Themen, die auch das parlamentarische Alltagsgeschäft in der 19. Wahlperiode dominiert haben. Schließlich stehen auch die Themen im Zentrum, die für die AfD von hoher ideologischer Bedeutung sind (Flucht und Migration, Familie und Gender, Klimawandel, Corona, NS-Vergangenheit) oder die für eine linke Kritik an der AfD von Bedeutung sind (Sozial- und Wirtschaftspolitik). Grundlage für das Monitoring sind die Protokolle des Deutschen Bundestages, die nach jeder Sitzungswoche gesichtet wurden. Gegenüber dem ursprünglichen wöchentlichen Monitoring wurden hier einige Kürzungen vorgenommen, nahmen die Redundanzen im Laufe von vier Jahren doch deutlich zu.

Die Dokumentation erfolgt chronologisch und folgt dem parlamentarischen Kalender vom Herbst eines jeden Jahres bis zum Sommer des Folgejahres. Einleitend zu jedem Kapitel erfolgt eine kurze Skizze der wichtigsten politischen Debatten des jeweiligen Zeitabschnitts, die sich zumeist auch in den dokumentierten Bundestagsdebatten widerspiegeln. Ein Personen- und Sachregister am Ende des Buches bietet die Möglichkeit, gezielt zu einzelnen Abgeordneten und Themen zu suchen. Noch einmal sei betont, dass es sich um keine vollständige oder alle Themen abdeckende Dokumentation handelt, wiewohl die präsentierten Redeauszüge sehr wohl einen zentralen Teil der AfD im Bundestag präsentieren.

Aus Sicht des Autors ist es keineswegs ein Zufall, dass in die Zeit der 19. Wahlperiode drei schwere rechtsterroristische Anschläge in der Bundesrepublik fallen. Der Mord an Walter Lübcke im Juni 2019, die Morde an Jana Lange und Kevin Schwarze im Zusammenhang mit dem antisemitischen Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019 und die Morde an Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov und Gabriele Rathjen in Hanau im Februar 2020 sind Ausdruck einer Verrohung in Teilen der Gesellschaft generell und insbesondere auf Seiten der extremen Rechten, zu der die AfD nach Kräften beigetragen hat. Insofern sind Hass und Menschenverachtung im Bundestag nicht einfach Nebensächlichkeiten. Es sind Brandreden, die tausendfach geteilt und verbreitet, ideologische Rechtfertigung und Motivation für diejenigen sind, die die Redner und Rednerinnen beim Wort nehmen.